Teil der Schuld tragen, die wir alles Fremde so gern bewundern, so sehr hochschätzen, vor allen Fremden platt auf dem Bauch liegen, aber alle Schrullen uns gegenüber ruhig ertragen. Es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizont der auswärtigen Politik zu beachten, aber was ich jetzt sage, sage ich selbstverständlich nicht gegen den Grafen Mirbach, sondern für den Teil der Presse, den glücklicherweise kleinen Teil, der antäglich dieser Vorlage mit dem Auslande operiert — vor jeder Stimmung des Auslandes zu erbeben, ist nicht die Art großer Völker. (Beifall.)

Es ist unsere Pflicht, in einer ruhigen und richtigen auswärtigen Politik uns Vertrauen und Achtung zu erwerben und mitzuarbeiten an den großen gemeinsamen Aufgaben der Zivilisation. Aber alle üblen Nachreden abzuschneiden, ist weder dem einzelnen möglich noch einem ganzen Volke. Wir sollten gegenüber dem, was das Ausland sagt, sei es Lob, sei es Tadel, uns eine größere Gleichgültigkeit angewöhnen. (Sehr richtig!) Wir sollten uns weder durch fremde Kritik noch durch fremdes Lob aus dem Häuschen bringen lassen. Wir sollten nicht über jeden fremden Tadel in hochgradige Erregung geraten, was nicht ein Zeichen von selbstbewußter Kraft ist, sondern von übertriebener Höflichkeit. Noch schlimmer ist es, wenn andere solche abfälligen Urteile des Auslandes mit Behagen weitertreten und weiter verbreiten. Wir müssen uns

mehr ruhiges Nationalgefühl

in dieser Beziehung angewöhnen, mehr trotzige Entsagung üben.

Der Landwirtschaftsminister hat Ihnen in eingehender und, wie ich glaube, in überzeugender Weise dargelegt, daß die Regierung in den Beschlüssen Ihrer Kommission eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erkennen vermag. Mit der Waffe, die uns geboten wird, kann eine Niederlage des Deutschtums in dem Kampfe um den Boden der Ostmark auf die Dauer nicht abgewehrt werden. Die Mängel in den Beschlüssen Ihrer Kommission liegen darin, daß Sie uns zu wenig Land geben, daß Sie auf diese Weise uns wieder zu unplanmäßigen Ankäufen zwingen, daß Sie so die Verstärkung deutscher Ansiedelungen erschweren, und daß Sie endlich nicht imstande sind, eine wirkliche Beruhigung der unhaltbaren Vorgänge und unhaltbaren Verhältnisse auf dem Gütermarkte der Ansiedelungsprovinzen herbeizuführen.

Aus den Reden des Grafen v. Mirbach und des Freiherrn v. Lucius habe ich manche Kritik über diese Vorlage herausgehört. Kritik — daran fehlt es nicht in unserer Zeit. Kritik — die gern geleistet wird, die hört man gern. Ich bin aber bisher keinem konkreten und positiven Vorschlage begegnet, der uns die Sicherheit bote, hier Wandel zu schaffen. (Sehr wahr!) Die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände wird ziemlich allgemein anerkannt; aber ein praktischer und gangbarer Weg zu ihrer Besserung wird nicht gezeigt.

Die Regierung fordert die Enteignung, weil sie dieses für ein hartes, aber für das allein wirksame Mittel hält. Ihre Kommission hat in ihrer Mehrheit anerkannt, daß die Enteignung notwendig ist. Sie hat diese Maßregel aber so beschränkt, daß ihre Wirksamkeit darunter leidet. Greift man aber zu einer Ausnahmsmaßregel, zu einer, wie ich vollkommen zugebe, harten Maßregel, so muß man auch des vollen Erfolges sicher sein und darf die Maßnahme nicht so sehr abschwächen, daß das Odium bleibt, die Wirkung aber ausbleibt und die Maßnahme versagt. (Beifall.)

Seitdem ich Ministerpräsident bin, bin ich in der Ostmarkenfrage

der Tradition des Fürsten Bismarck gefolgt,

habe ich in der Ostmarkenfrage an den Traditionen des Fürsten Bismarck festgehalten. Freiherr v. Lucius hat uns soeben auseinandergesetzt, daß er nicht glaube, daß man den Fürsten Bismarck als Zeugen für die Enteignung anrufen könne. Ja, wie sich der Fürst Bismarck zu dieser Maßnahme stellen würde, wenn er noch unter den Lebenden weilte, das kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen. Ich bin aber überzeugt, auf Grund so vieler Auslassungen des Fürsten Bismarck, auf Grund so vieler Reden, die er gehalten hat, auch in diesem hohen Hause, auf Grund alles dessen, was er nach seinem Rücktritt fürnend und mahnend gerade über die Ostmarkenfrage gesagt hat, auf Grund der ganzen Ostmarkenpolitik des Fürsten Bismarck, daß, wenn Fürst Bismarck noch unter den Lebenden weilte, wir ihn unter denjenigen zählen würden, die für die Enteignung eintreten. Wie Fürst Bismarck gesahren, die dem deutschen Volke drohten, früher zu erkennen pflegte als andere, so hat er auch den ganzen Ernst des Ostmarkenproblems tiefer erkannt als die meisten seiner Zeitgenossen. Nachdem die preußische Politik diesem Problem jahrzehntelang schwächlich und schwankend gegenüber gestanden hatte, hat Fürst Bismarck in der planmäßigen Ansiedelung deutscher Bauern uns den Weg gewiesen, auf dem sich die Stellung des Deutschtums im Osten behaupten läßt. Diese Ansiedelungspolitik fortzusetzen, habe ich als ein

überkommenes Vermächtnis des ersten Kanzlers

angesehen. Auf diesem Wege dürfen wir nicht vor dem ersten Hindernis Halt machen, vor dem ersten Hindernis zurückweichen. Auf diesem Wege dürfen wir uns nicht scheuen, wenn es not tut, die Konsequente und zähe Energie zur Anwendung zu bringen, die in großen staatlichen Existenzfragen allein vorwärts hilft und allein den Sieg verbürgt. (Beifall.) Die Frage,

die schwerwiegende Frage,

vor der dieses hohe Haus steht, ist diese: Will das Preußische Herrenhaus, wollen Sie, meine Herren, durch Ablehnung der von uns geforderten Machtmittel die Fortsetzung der von uns in voller Uebereinstimmung mit der Krone unter Zustimmung des anderen Hauses des Landtages weitergeführten Bismarckschen Politik lahmlegen und unmöglich machen? Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit, dieser schweren Verantwortlichkeit Sie, meine Herren, dahin führen wird, mit dem anderen Hause des Landtages der Regierung die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, um schwere Beeinträchtigungen der Interessen des Landes zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich Sie nur bitten, **dem jetzt vorliegenden Antrage der Herren Adickes und Genossen Ihre Zustimmung zu erteilen.** (Lebhafter Beifall.)

Freiherr **v. Wedel-Piesdorf**

begründet seinen Antrag. Wir sind zwar überzeugt, daß durch das Vordringen der Polen unser Deutschtum im Osten stark gefährdet ist. Die Enteignung ist aber eine so außerordentliche, in unserer Geschichte bisher so unerhörte Maßregel, daß sie den ernstesten Bedenken in beiden Häusern des Landtages begegnet. Die Enteignung widerspricht nicht der Verfassung, aber sie streift die Grenzen des Rechts. Die Kommission sieht eine große Härte darin, daß man den, dessen Familie seit Jahrhunderten im Besitz ist, der nichts weiter verbrochen hat, als daß er Pole ist, von seiner Scholle vertreiben will. Wir erblicken eine Milderung der Enteignung darin, daß statt der zehnjährigen Frist ein bestimmter Zeitpunkt gesetzt werden soll, nämlich der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Ansiedelungsgesetzes von 1886. Die Ansiedelung wird nach meinem Antrage ja etwas langsamer vor sich gehen, auf die Dauer werden wir aber mit der abgeänderten Form der Regierung eine bessere Waffe in die Hand geben zur Bekämpfung des Polentums und zur Stärkung des Deutschtums, als durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. (Beifall.)

Feldmarschall Graf **v. Haeseler:**

Ich bekenne mich als **Gegner der Enteignung.** Ich bin nicht überzeugt worden, daß der Artikel 4 der Verfassung, wonach alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, von diesem Gesetz unberührt bleibt. Die Enteignung bleibt eine große Härte. Jeder, der einen Besitz sein eigen nennt, an dem Eltern und Großeltern mitgearbeitet haben, wird mir nachfühlen, was es heißt, wenn jemand in der Unklarheit sich befindet, ob er den Besitz morgen noch hat. (Beifall.) Wenn auf den Krieg Hindemokraten und Rufe: Und Sie, und Sie!), sich an uns zu reiben, weil wir hier zufällig eine etwas größere Rolle spielen (große Heiterkeit, höhnische Zurufe vom Zentrum und den Sozialdemokraten), und Sie in vollkommener Bedeutungslosigkeit sind, die Sie zu verbergen suchen, wenn Sie schreien. Ihre Bedeutung besteht aber nur darin, daß die Herren vom Zentrum so gnädig sind, sich hin und wieder einmal Ihre Unterstützung gefallen zu lassen. Mit dem Augenblick, wo das Zentrum mit Ihnen nichts zu tun haben will, finken Sie in Ihre Bedeutungslosigkeit wieder zurück. Von freiheitlicher Entschließung ist bei Ihnen im Reichstage gar nicht die Rede. Nicht deshalb haben die bösen Freisinnigen damals bei Frankfurt a. d. O. und Altenburg für die Ungültigkeit gestimmt, weil der Regierungspräsident und der Minister gegen den Sozialdemokraten gesprochen haben, sondern weil dadurch falsche Parteien in die Stichwahl gekommen sind, und tatsächlich ist auch bei der Nachwahl in Frankfurt der Nationalliberale und im Altenburg der Bündler gewählt. Die Herren Sozialdemokraten tun so, als ob sie nicht Reaktionäre und Antisemiten gegen Demokraten wie Blumenthal und Quidde in den Reichstag verholfen haben. Wir sind allmählich abgehärtet gegen die Schimpfereien der Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall der Blockparteien, die Sozialdemokraten rufen: Jawohl, Sie haben ein dickes Fell!) Abgehärtet, wie man sich gegen Morphium und andere Gifte abzuhärten pflegt. Wie sprach da am Freitag Herr Frank hier von der Tribüne des Hauses als Erzieher der Jugend! Eine schöne Jugenderziehung, wenn man sieht, wie die Herren sich in diesem Hause selbst benehmen. (Stürmischer Beifall beim Block. Gelächter der Sozialdemokraten.) Da hat man in der Tat eine Vorstellung davon, wie großartig die Bildungsmittel sein werden, die Sie der Jugend beibringen! (Großer Lärm.) Mugdan wendet sich an die bürgerlichen Parteien: Treten Sie dem Beschluß der Wahlprüfungskommission bei und zeigen Sie den Herren Sozialdemokraten, daß die Zeiten, in denen sie zusammen mit den Herren vom Zentrum den Reichstag regierten, endgültig vorbei sind. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten, das Haus ist in sehr erregter Stimmung.)

Abg. **Wellstein** (Ztr.):

Als Vorsitzender der Wahlprüfungskommission wie auch als Mitglied der Zentrumsfraktion habe ich zu konstatieren, daß der Beschluß der Wahlprüfungskommission in der Wahl Enders einen vollständigen Umfall von einer dreißigjährigen Praxis bedeutet. Die Gründe sind nicht stichhaltig. Es kommt nicht auf die größere Geheimhaltung der Wahl an, sondern darauf, ob sich nicht der Wähler gezwungen oder wirtschaftlich oder von oben beeinflußt fühlt. Die Hauptsache ist, wir wollen die politischen Beamten überhaupt aus dem Getriebe der Agitation oder Politik heraushaben. Herr Kopsch sagt, es ist ein großer Unterschied zwischen ostelbischen und westlichen Bürgermeistern. Sie werden sehen, wie weit Sie damit kommen! Man kann da gar keinen Unterschied machen. Ein Unterschied ist allerdings, ob der Bürgermeister Polizeigewalt hat oder nicht. Um dies im Falle Enders festzustellen, beantrage ich Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission. Im Kölner Fall hat Herr Becker nicht als Oberbürgermeister, sondern als Ehrenbürger seinen Einfluß geltend gemacht, sonst hätten wir im Zentrum es uns überlegt, ob wir nicht zur Kassierung der Wahl Trimborn gekommen wären. Allerdings war auch da zu beachten, daß der Kölner Oberbürgermeister keine Polizeigewalt hat. Mit Pfarrern ist eine Parallele nicht zu ziehen. (Widerspruch.) Das sind weder mittelbare noch unmittelbare Staatsbeamte, und ihre Tätigkeit hat nicht die geringste bürgerliche Wirkung. (Lebhafter Widerspruch.) Wir im Zentrum haben Beeinflussungen durch Geistliche unter Umständen sehr gemißbilligt und sobald sie ihr Schulamt mißbrauche haben, haben wir das als unzulässig erklärt.

Abg. **v. Dziembowski** (Pole)

spricht für Kassierung der Wahl.

(Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Wahlprüfungen.

Abg. **Fischer** (soz.) fortfahrend:

Jetzt freilich sind Sie ja die Blockbrüder! (Zurufe der Freisinnigen.) Ach, beim Block bleiben Sie ja nur so lange, als sie geduldet werden! (Heiterkeit, Gelächter.) Daß die amtliche Wahlbeeinflussung an dem bestraft wird, gegen den sie sich gerichtet hat, ist das nicht politische Fetischies? Wenn Herr Kopsch seinen politischen Verstand nur ein bißchen anstrengen würde (Heiterkeit), dann würde er schweigen, dann würde er nicht von Umfall reden. Mit dem Umfall machen Sie immer schlechte Geschäfte. Wie war es denn bei der Wahl von Manz? (Unruhe der Freisinnigen.) Was hat damals die „Volkszeitung“ darüber geschrieben? Ist das, Herr Kopsch, nicht ein freisinniges Organ? (Kopsch ruft: Nein! Heiterkeit.) Nicht? Was würde der alte Bernstein sagen, wenn er jetzt hier wäre! (Kopsch ruft: Lebedours Blatt!) Ach, wie lange ist es her, daß Lebedour mit der „Volkszeitung“ nichts mehr zu tun hat! Darf man denn seine Ansicht nicht ändern? (Gelächter der Freisinnigen.) Ich bin aus einer katholischen Familie geboren und war in meiner Jugend ein strammer Zentrumsmann. (Stürmische Heiterkeit.) Andere Interessen, andere politische Erziehung andere Entwickelung, andere Gesichtspunkte! (Gelächter.) Nun sagt Herr Kopsch: er sei kein Buchstabengläubiger, jede Zahl müsse nach ihren eigenen Verhältnissen beurteilt werden. Und nun hören Sie, was ein anderer Freisinniger darüber sagt, Herr Müller-Meiningen in einer anderen Wahl: „Das sind nach meiner Meinung Grundsätze tiefster moralischer und politischer Verwirrung und Skrupellosigkeit.“ (Große Heiterkeit. Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Ich möchte doch wissen, Herr Kopsch, ob Sie sich von Herrn Müller-Meiningen getroffen fühlen. Sie sagen, was den Geistlichen erlaubt ist, muß auch jedem anderen erlaubt sein. Wenn die Geistlichkeit einen freisinnigen Kandidaten unterstützt, lassen Sie sich das gefallen. Bei Brandiger haben Sie auf den Erzbischof losgehackt; aber als derselbe Erzbischof im Januar für den Freisinnigen gegen den Sozialdemokraten eintrat, da haben Sie ihm zugejubelt. (Widerspruch der Freisinnigen.) Fischer kommt dann auf die Wahl des Freisinnigen Manz zu sprechen. Vielleicht kann man den Freisinnigen auch zurufen, was Müller-Meiningen einmal den Nationalliberalen zurief: „Es ist eine tieftraurige Erscheinung, wenn wir sehen, wie sich liberale Elemente an derartigen Kompromißpolitik beteiligen.“ (Heiterkeit und Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Und was Müllerleit und Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Und was Müller-Meiningen damals dem Zentrum zurief: Sie sind eben Regierungspartei sans phrase geworden, und Sie wollen unter allen Umständen mit der Rechten konkurrieren in der Regierungsfreundlichkeit.“ (Große Heiterkeit.) Die Herren auf der Rechten haben stets ein größeres Rückrat gegenüber der Regierung gehabt als Sie. So, Herr Müller-Meiningen, und damit schließe ich vorläufig. (Stürmischer Beifall im Zentrum, heiterer Beifall auf der Rechten.)

Abg. Dr. **Mugdan** (fr. Vp.):

Wie schwach die Position der Sozialdemokraten ist höhnisches Gelächter der Sozialdemokraten), das sieht man daraus, daß der Redner der Sozialdemokratie nichts Besseres zu tun weiß als eine halbe Stunde über eine andere Wahl zu sprechen. Er war wieder einmal zu spät gekommen. Er hat, um mich medizinisch auszudrücken, eine retnerische Nachgeburt gehabt. (Große Heiterkeit.) Ja, die Herren Sozialdemokraten, das sind die Engel, das sind die einzigen, das sind die schuldlos und geläutert bestehen, die ganze Schlechtigkeit der Welt gibt es nur bei den Bürgerlichen! (Gelächter der Sozialdemokraten.) Er hat über den Block gesprochen, und seine Antiblockbrüder vom Zentrum haben natürlich die reinste Freude gehabt. Das muß doch einmal konstatiert werden: Hat nicht die Sozialdemokratie seit mehr als fünf Jahren in allen Fragen das Zentrum gegen die Liberalen unterstützt? (Lebhafter Beifall und Gelächter. Lärm. Mugdan kann lange Zeit nicht weiter sprechen.) Draußen ja, da sind Sie für freie Schulen, aber Ihr Verhalten im Reichstag beweist, daß das nicht wahr ist, denn bei jeder Gelegenheit stärken Sie die Macht der Klerikalen. Was gehört für ein Mut dazu (Höhnisches Gelächter und Lärm der Sozialdemokraten), zu einer Zeit, in der die Herren eine große Anzahl ihrer Mandate einzig und allein der Unterstützung der Klerikalen verdanken (Lärm der Sozial-

Der Eisenbahnetat in der Kommission.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern die Beratung des Eisenbahnetats fort, und zwar wurde zunächst das Extraordinarium behandelt. Es beträgt dies im ganzen 104 Millionen, das heißt 78 Millionen weniger als im Vorjahre. Vom Berichterstatter wird darauf hingewiesen, daß 82 Prozent davon auf Um- und Neubauten entfallen, es wird zugleich betont, daß öfter Neubauten erforderlich geworden seien, nachdem erst kurz vorher ein Umbau stattgefunden habe; es sei sogar vorgekommen, daß die Pläne sich schon während des Baues als zu knapp erwiesen haben, es beweise das eine zu geringe Weitsichtigkeit.

Von der Regierung werden die Tatsachen zugestanden und durch ein ungewöhnlich starkes Steigen des Verkehrs begründet.

Ein Mitglied der Kommission erklärt, daß ein erheblicher Teil des Extraordinariums auf Anleihe genommen werden und der Ueberschuß im Etat dann zur Deckung der Besoldungsvorlage dienen könne; werde dieser Weg aber nicht beschritten, so könne man auch das Defizit der Besoldungsvorlage — es sind das etwa 50 Millionen — durch Anleihe decken. Von der Regierung wird dem widersprochen, da der erste Weg nicht gangbar sei. Indessen werden auch von anderer Seite Bedenken dagegen ausgesprochen, daß man der Besoldung wegen eine Erhöhung der Steuern vornehme; es sei doch dieses Jahr ein ungewöhnliches, man könne sich zunächst durch eine Anleihe helfen. Bei der weiteren Debatte ergibt sich, daß in der freikonservativen Partei der im Plenum vertretene Standpunkt nicht überall geteilt wird.

Beim Titel Berlin wird angegeben, daß es noch kraglich sei, ob man im Stadtbahnverkehr in Berlin eine Erweiterung der jetzigen Anlagen vornehmen, oder ob man zum elektrischen Betriebe übergehen wird. Bei der Entscheidung hierüber müsse auch die Frage erörtert werden, inwieweit die Stadt Berlin zu den Lasten heranzuziehen sei.

Bei der weiteren Beratung der einzelnen Positionen des Extraordinariums wird eine Reihe von Anfragen von der Regierung beantwortet, ohne daß dabei Fragen von allgemeinerem Interesse berührt werden. Die Zentralfonds enthalten eine Million für Vorkehrungen zur Verhütung von Waldbränden und Schneeverwehungen. Zur Herstellung von elektrischen Sicherungsanlagen werden drei Millionen gefordert. Die Herstellung von schwerem Oberbau soll zehn Millionen in Anspruch nehmen.

Das Extraordinarium wird verändert bewilligt. Der Baubericht für das Jahr 1906 durch Kenntnisnahme erledigt.

Es tritt dann eine Pause ein.

Nach der Pause geht die Kommission zur Beratung des

Ordinariums der Eisenbahn

über.

Von der Regierung wird mitgeteilt, daß die Wirksamkeit des Zentralamtes eine sehr günstige sei. Die Haupttätigkeit bestehe in der Leitung von 17 Ausschüssen, die für die Verwaltung und den Betrieb eingesetzt seien.

Es wird die Anregung gegeben, daß die Regierung den Zeitungshandel an den Bahnhöfen in eigene Regie nehme. Dagegen werden erhebliche Bedenken erhoben. Dem Publikum würde mit einer bürokratischen Behandlung nicht gedient sein. Insbesondere wird Klage geführt über ungleichmäßige Behandlung der Zeitungen, daß zum Beispiel gewisse Blätter, wie „Kreuzzeitung“ und „Post“, öfters nicht zu haben seien. Von anderer Seite wird auch die „Kölnische Volkszeitung“ genannt.

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sich allgemeine Vorschriften nicht machen ließen, nur würden unsittliche und staatsfeindliche Schriften ausgeschlossen.